

## Vom *Godesberger Programm* zum derangierten Deutschtum

Eine wenig nostalgische Rückschau sei erlaubt: kein Nocturne, nur eine nicht zu schnelle Allemande. Pagane *Confessiones* greifen auf persönliche Prägungen 1967/80 zurück: meine politische Sozialisation vollzog sich in der deutschland- und europapolitisch argumentierenden Fränkischen und Hofer SPD, teils während der Münchner Studienzeit und danach als PostDoc in den Chicagoeer Social Sciences.

Zuerst eine Rückblende auf die Demontage des gesamtdeutschen Ansatzes des *Godesberger* Programms während der „Willy-Zeit“, zeitgleich mit der Anerkennung der Amputation Deutschlands und der Desavouierung der *Deutschen Frage* als Selbstbestimmungs- und *Volksgruppenfrage*. *Status-quo-Konkretisierung* statt *Selbstbestimmungs- und Volksgruppenpolitik* fürs verbliebene westliche Rumpfdeutschland (für den Gliedstaat *Bundesrepublik* in Deutschland): War das wiedervereinigungsfördernde Politik *für Deutschland als Ganzes*? Deutschlandvertragspolitik trotz fehlender Legitimationsbasis eines Friedensvertrags?, unter Umgehung eines Friedensvertrags? „*Einordnung der deutschen Politik in die internationalen Tendenzen*“ (Willy Brandt, 26.4.72), das *In-Einklang-Bringen der deutschen Politik „mit den herrschenden internationalen Tendenzen“*? Ostverträge und Grundlagenvertrag als nüchternes Etikett für die Anerkennung der Amputation Deutschlands, die Umdefinierung von Mitteldeutschen in Ostdeutsche, die Akzeptanz des durch die alliierten Siegermächte protegierten völkerrechtswidrigen Entrechtungs-, Umsiedlungs- und Vertreibungsterrors? Ein grandioses Ablenkungsmanöver mit manipulativer Moralisierung zur Status-quo-Stabilisierung? Instrumentalisiert durch einen Bundeskanzler mit 14 Jahren deutschlandpolitischer Konspirationserfahrung (SPD-externer, subversiver SAPD-Erfahrung<sup>1</sup> ab Okt.1931).<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Die SAPD/Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (gegründet 4.Okt.1931 in Berlin, d.h. vor dem einmaligen, öffentlichen Auftritt der *Harzburger Front* am 11.10.1931), war eine aggressive, militante, linksextrem-revolutionäre Kampfpartei: [de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische\\_Arbeiterpartei\\_Deutschlands\\_\(1931\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Arbeiterpartei_Deutschlands_(1931)) mit Hinweisen. Aus Willy Brandts Autobiographie *Mein Weg nach Berlin*, aufgezeichnet von Leo Lania. München 1960, sei folgender Passus von der o.g. Webseite beigezogen: „*Im Herbst 1931 schlossen sich Nazis und Deutschnationale, SA und Stahlhelm in der ‚Harzburger Front‘ zusammen ...Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt kam es auch als Ergebnis organisatorisch-disziplinarischer Maßnahmen der Parteiführung, zur Abspaltung des linken Flügels der Sozialdemokratie. Einige wenige Reichstagsabgeordnete, eine Reihe aktiver Parteigruppen – vor allem in Sachsen –*

Es sei daran erinnert, daß Herbert Frahm in der entwicklungschancenreichen Spätzeit der Weimarer Republik *nicht* aufseiten der verfassungstreuen „Eisernen Front“<sup>3</sup> stand. Weder im Herbst 1931, noch im Jahr 1932 stand er solidarisch aufseiten der verfassungstreuen Arbeiter-, Angestellten-, Gewerkschafts- und SPD-Opposition. Parallel zur antifaschistischen Deklamatorik und seiner bekannten Nachkriegsargumentation läßt diese Datenlage die Hypothese offen<sup>4</sup>, ob die subversiv-politische Aktivität Herbert Frahms 1931/32 zunächst gegen die rechtsstaatlich-republikanische Reichsregierung/Krisenregierung Brüning II<sup>5</sup> und auf deren Destabilisierung ausgerichtet gewesen sein könnte. Offene Frage bleibt gleichfalls Herbert Frahms distinktives Verhältnis

---

*nicht zuletzt aber ein großer Teil der sozialistischen Jugend folgte denen, die zur Gründung einer Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) aufriefen.“*

Dieser Plausibilisierung Willy Brandts folge ich begründetermaßen nicht, weil der suggerierte, manifeste ‚Zusammenschluß‘ so nicht existierte; und zwar weder im Herbst 1931, noch im Jahr 1932, sogar noch im Jahr 1933 so nicht existierte. Die *Harzburger Front* war keine nationale Einheitsfront und trat nur einmalig am 11.10.1931 in Bad Harzburg in Erscheinung. Wäre sie eine Einheitsfront gewesen, dann wäre sie bei der Reichspräsidentenwahl am 13.März/10.April 1932 mit einem kooperativ aufgewerteten Einheitskandidaten als *Nationalem Oppositionskandidaten* aufgetreten. Dem war aber nicht so. Zweitens gab es keine Nationale Einheitsliste oder Nationale-Reichsfront-Liste bei den Reichstagswahlen 1932, weder am 31.Juli, noch am 6.November 1932, ebenfalls nicht bei Reichstagswahl vom 5.März 1933. Mit Einschränkungen könnte man zugunsten der Argumentationslinie Willy Brandts tentativ dafürhalten, daß die NS-dominierte, exklusive Einheitsliste bei der Reichstagswahl vom 12.November 1933 eine nationalfrontartige Integrationsliste gewesen ist, weil darin nicht nur überwiegend die NSDAP-Leute sondern auch ehemalige DNVP-, DVP, BVP- und Zentrums-Angehörige mitaufgeführt waren.

<sup>2</sup> Wenn der einmalige Event der *Harzburger Front* oder *Nationalen Opposition* vom 11.10.1931 berücksichtigt wird und evtl. die erste Aussprache Hitlers über innen- und außenpolitische Fragen bei Reichspräsident von Hindenburg am 10.10.1931 (cf. Nickl 1976: 61, 360 nach KAG 1931/32, p.51 B), erscheint die Oktober-Wende Herbert Frahms 1931 hin zum gewaltbereiten, revolutionären Linksextremismus trotzdem schwer nachvollziehbar. Fakt bleibt: Herbert Frahms bzw. Willy Brandts vierzehnjährige, linkssozialistisch-marxistisch-revolutionäre Lebensphase startete bereits im Oktober 1931, eineinhalb Jahre vor Hitlers „*Ermächtigungsgesetz*“ [24.3.1933: *Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*, RGBI.Nr.25, p.141].

<sup>3</sup> am 16.12.1931 gegründet: ein Zusammenschluß des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*, des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB), des *Allgemeinen freien Angestelltenbundes* (Afa-Bund), der *SPD* und des *Arbeiter Turn- und Sportbundes* (ATSB), ein verfassungskonform konstituiertes Abwehrbündnis und politisches Gegengewicht zur sogenannten *Harzburger Front*:

de.wikipedia.org/wiki/Eiserne\_Front

<sup>4</sup> Diese Hypothese kann hier nicht überprüft werden.

<sup>5</sup> Kabinett Brüning II: 9.Oktober 1931 bis 30.Mai 1932; das vorherige Kabinett Brüning I datiert vom 30.März 1930 bis 7.Oktober 1931; vgl. „*Manifestation von Kontext und Redesituation. Zur Bedeutung der Rededokumente zu den Mißtrauensvoten 1931/32*“ (Nickl 1976: 60-83).

zur parlamentarisch-demokratisch-republikanisch-rechtsstaatlich konstituierten Weimarer Reichsverfassung<sup>6</sup>, die weder im Herbst 1931, noch während des Jahres 1932, noch im Jahr 1933 einfach Makulatur gewesen war. Womit die systemzerstörende Rolle des verrohten, politischen Extremismus angesprochen ist, an dem eben auch die subversive SAPD einen gewissen Anteil hatte.

### **Stasi-Kausalität im April 1972: die bestochene Republik**

Eine schwerwiegende politische Wahrheit, die erst mit zwanzigjähriger Verspätung ans Licht kam, stellt die *Stasi*-Kausalität beim *Konstruktiven Mißtrauensvotum*<sup>7</sup> am 27. April 1972 dar. Hilfestellung zum Weiterregieren des Kabinetts Brandt/Scheel, zum Weiter-so mit Status-quo, kam von der „DDR“-Staatsicherheit (dem *MfS*): durch Abgeordneten-Bestechung in zwei Fällen.<sup>8</sup> Es war ein interessenabhängiger Stasi-Triumph, den SPD-Bundeskanzler Willy Brandt<sup>9</sup> im Bundeskanzleramt und das Kabinett Brandt/Scheel in der Bundesrepublik Deutschland an der Macht gehalten zu haben. Das 2005 publizierte Recherche-Ergebnis von Hubertus Knabe ist valid.

Die den Status-quo perfektionierenden Ostverträge 1970/73 samt Verhandlungen und Grundlagenvertrag, auch die alliierte Akklama-

<sup>6</sup> in Kraft getreten am 14.8.1919: [de.wikipedia.org/wiki/Weimarer\\_Verfassung](http://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Verfassung)

<sup>7</sup> Dieses *Konstruktive Mißtrauensvotum* war der erste Anwendungsfall nach Art 67 GG im Deutschen Bundestag, am 27.4.1972; vgl. Nickl 1976: 85-99, 270-324. „Die Wahrheit liegt sozusagen im Konkretistischen“(op.cit.p.323). Auffällig blieb in der zweitägigen Debatte vom 26./27. April 1972 ein freiwilliger bis unfreiwilliger „Zwang zur manipulativen Moralisierung“(Nickl 1976: 324).

<sup>8</sup> Durch Bestechung mit Größenordnung von je 50000 DM Stasi-verstrickt war das Abstimmungsverhalten des CDU-Bundestagsabgeordneten Julius Steiner und des CSU-BT-Abgeordneten Leo Wagner am 27.4.1972, d.h. gegen den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel, cf. [de.wikipedia.org/wiki/Rainer\\_Barzel](http://de.wikipedia.org/wiki/Rainer_Barzel). Dies stellt das valide Ergebnis der Stasi-Akten-Recherche von Hubertus Knabe dar, 22.12.2005: *Liebesgrüße aus Ostberlin*, in: *Cicero: Online-Magazin-für-Politische-Kultur:.....*, „Der Triumph der Stasi, Willy Brandt im Amt gehalten zu haben, war allerdings nicht von langer Dauer. Zwei Jahre später, am 6. Mai 1974, erklärte der Sozialdemokrat von sich aus seinen Rücktritt. Zu Fall gebracht hatte ihn die Affäre um seinen persönlichen Referenten Günter Guillaume. Der Mann, der Willy Brandt nach dem überstandenen Mißtrauensvotum einen überwältigenden Wahlsieg organisiert hatte und danach immer an seiner Seite blieb, war am 24. April verhaftet worden – als Stasi-Agent.“

<sup>9</sup> Willy Brandt (\*18.12.1913-8.10.1992+), geb. als Herbert Ernst Karl *Frahm*, 1936 alias *Gunnar Gaasland*, 1934 Deckname *Willy Brandt*, ab 1949 sein in Berlin anerkannter Name, vgl.

[de.wikipedia.org/wiki/Willy\\_Brandt](http://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Brandt) Die Alias-Namen allein betrachtet, lenken von den Kernproblemen der Person Herbert Frahm/Gunnar Gaasland/Willy Brandt ab.

tionshymnologie und die auffallend geringe Mediendistanz zu alledem, erscheinen seit dieser Enttarnung retrospektiv nicht mehr makellos.

### **Plenumsrhetorisch begegneten sich beide Kontrahenten des *Konstruktiven Mißtrauensvotums* am 26. April 1972**

Nur an diesem Tag griffen beide Kontrahenten des *Konstruktiven Mißtrauensvotums*, Willy Brandt (SPD-Bundeskanzler) und Dr. Rainer Barzel (CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender) plenumsrhetorisch in die Debatte ein. Brandt sprach sowohl am 26. wie am 27.4.1972 (cf. Nickl 1976: 282-288). Für den hier interessierenden Argumentationszusammenhang sind u.a. die nachfolgend präsentierte Ausschnitte beider, sich in diesen Punkten klar und explizit aufeinander beziehenden Plenarreden vom 26.4.1972 bedeutsam. Aufgrund der originalen Tonmitschnitte transliteriert wiedergegeben. Die entsprechenden Ausschnitte sind mit den veröffentlichten Protokollen des Deutschen Bundestages der 6. Wahlperiode, 182. Sitzung, Bonn, 26. April 1972, Seiten 10641 B/C (Brandt), 10654 B/D und 10655 A (Dr. Barzel) weitgehend deckungsgleich. Halbfette Hervorhebungen sind aus dem Bundestagsprotokoll so übernommen:

**Brandt**, Bundeskanzler: „... Die **äußere und die innere Sicherheit des Staates** und seiner Bürger zu bewahren, das ist die Aufgabe und die Pflicht dieser Bundesregierung./ In dieser Aufgabe und Pflicht unterscheidet sie sich nicht / von ihren Vorgängerinnen. Die Frage, die wir gewissenhaft zu beantworten haben, bezieht sich jedoch nicht auf eine unveränderliche Landschaft, sondern sie lautet: wie ist Sicherheit erreichbar / in einer Welt, die sich so rasch wandelt? Sie ist gewiß nicht erreichbar, wenn die raschen Veränderungen und die vielfachen Abhängigkeiten nicht genügend einkalkuliert, nicht genügend zur Kenntnis genommen werden. Und gerade in diesem Punkt, so will mir scheinen, gehen diese Regierung und diese Opposition auseinander.

Diese Regierung und die sie tragende Koalition sagen: Sicherheit kann längst nicht mehr bedeuten, daß alles im großen und ganzen so bleibt, wie es ist. Dies gilt für Außenpolitik und Innenpolitik gleichermaßen. Ich gehe davon aus, daß wir unabhängig von dem morgen zur Entscheidung anstehenden Mißtrauens- / antrag in der nächsten Woche in aller Ausführlichkeit zur Ost-West-Politik Stellung nehmen werden. Im Augenblick beschränke ich mich daher auf folgende Feststellungen.

Die **Außenpolitik** dieser Regierung ist der gewiß nicht einfache, aber, wie ich meine, gelungene Versuch, die deutsche Politik mit den herrschenden internationalen Tendenzen in Einklang zu bringen. Dies war die Aufgabe.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dies, dies geschieht nicht, wie uns in ebenso törichter wie geschmackloser Form immer wieder vorgeworfen / wurde, um Verzicht

oder Ausverkauf zu betreiben. / Nebenbei gesagt: manche, die / auf anderen Gebieten so empfindlich / reagieren, die sollten sich doch in diesem Augenblick auch einmal an / die, jetzt sage ich — und ich weiß, was ich sage —, Hetze erinnern, die mit den Begriffen Verzicht und Ausverkauf betrieben worden ist.

(lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

[Fortsetzung: **Brandt**, Bundeskanzler im Bundestag, 26.4.1972]

[Zum Teil] ...von solchen, die ja nicht mal Nationalisten sind, sondern die nur mit nationalen / Emotionen unserer Mitbürger Schindluder treiben.

(Beifall bei den Regierungsparteien. -  
Abg. Dr.Apel: Sehr gut!)

Ich sage noch einmal: dies geschieht nicht / wegen dem, was man geschmacklos so genannt hat, wie ich es zitierte, sondern dies geschieht / und mußte geschehen, um die deutschen Interessen besser, / wirksamer / vertreten zu können. Darum ging es.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Diese **Einordnung der deutschen Politik in die internationalen Tendenzen** bedeutet: es gab und es gibt keinen deutschen Alleingang, denn dies / wäre eben keine Eingliederung, von der ich sprach. Die Vertragspolitik nach Osten entspricht den Interessen der Vertragspartner, und sie wird vom Bündnis mit / getragen. Sie ist eng mit der Politik unserer westlichen Freunde verzahnt. Sie schafft deshalb nicht weniger, sondern mehr Sicherheit für unser Volk.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und, meine Damen und Herren, weil die Führung der Opposition diese Zusammenhänge nicht sah oder nicht sehen wollte, hat sie sich, so meine ich, in ihrer Argumentation verrannt...“

Konfrontativ dazu der Redeausschnitt mit der direkten Erwiderung:

... „***Wenn Moskau Herrn Barzel hier entgegenkommen wollte, würde ich mich dagegen wehren***“

**Dr. Barzel** (CDU/CSU): „... Herr Bundeskanzler, Sie haben dann aber einen Vorwurf erhoben, den ich doch zurückweisen möchte. Sie haben im Zusammenhang mit ostpolitischen Debatten gesagt, hier / sei „Hetze“ getrieben worden, und das an die Adresse der CDU/CSU, und mit Vokabeln wie „Verzicht“ und „Verrat“.

Herr Bundeskanzler, wer so argumentiert, muß sich fragen lassen: Wer eigentlich hat diese Vokabeln in die politische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt?

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich habe hier eine Festschrift, wieder von einem Kollegen, der sich / über Ihre Angriffe erregte, die „**Festschrift zum Deutschlandtreffen der Schlesier**, 7. bis 9. Juni 1963 in Köln". Wie hieß es dort, meine Damen und Herrn, mit der Unterschrift von — ich sage es gleich, um hier keinen Witz [parlamentarisch üblichen Trick] zu machen; die Sache ist viel zu ernst — Erich Ollenhauer, Willy Brandt [und] Herbert Wehner !? Ich zitiere:

*Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg — das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat.*

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

[Fortsetzung **Dr. Barzel** (CDU/CSU) im Bundestag, 26.4.1972]

Das haben Sie unterschrieben! Diese beiden Vokabeln stammen doch nicht von uns! Sie haben sie in / die Debatte eingeführt. Ich denke, daß der Kollege Hupka Ihnen einiges [darüber] sagen könnte, mit welchen Aussagen, verbindlichen Aussagen Ihrer Partei Sie ihn in den Wahlkampf geschickt haben, um die Stimmen dieser Bürger zu sammeln; und hinterher das nicht mehr wahrhaben wollen, was Sie ihn haben versprechen lassen. /

(Lebhafter Beifall bei der CDU CSU.)

Herr / Bundeskanzler, ich möchte aus diesem Bereich gleich noch ein[ige]s wegräumen. Unsere Fraktion hat Sie unter dem 17. April durch eine öffentliche Mitteilung aufgefordert, sich von einem Zitat zu distanzieren [zitieren]. Dies ist nicht geschehen, also muß / ich es jetzt in die Debatte einführen. In einer / deutschen Tageszeitung war die Rede davon, daß Journalisten bei den abendlichen Gesprächen im Zuge, von denen Sie selbst vorher sprachen, davon gesprochen haben, daß eine Frage wie folgt gestellt sei: Der Kreml sei, um die Ratifizierung des Moskauer Vertrages zu sichern, eventuell bereit, im Sinne des Briefes zur deutschen Einheit in einer Art Vorpräambel auch das / Problem der Einheit und des Selbstbestimmungsrechts mit zu ratifizieren. Sie / hätten dann zunächst gesagt, das Verfahren sei nicht möglich. Und dann habe man insistiert, und dann sollen Sie gesagt haben — ich zitiere —: „Wenn Moskau / Herrn Barzel hier entgegenkommen wollte, würde ich mich dagegen wehren.“

(Hört! Hört!-Rufe und Pfui-Ruf bei der CDU/CSU.)

Herr Bundeskanzler, hier ist Gelegenheit, dazu etwas zu sagen. / Aber Sie können doch nicht zugleich / mich erklären lassen, die drei Punkte, die wir gefordert haben, seien erfüllt, während auf der anderen Seite der Minister des Kanzleramtes erklärt, die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in das Vertragswerk sei doch sinnwidrig und auch gar nicht möglich.

Herr Bundeskanzler, ich möchte / ein kurzes Wort — weil das im einzelnen zu behandeln sein wird, wenn es, wann immer dies sein wird, wieder eine Debatte über die Ostpolitik geben wird — zu dem Thema der **Protokolle** sagen. Sie wissen sehr gut | aus unserem Schriftwechsel wie aus mündlichen Unterhaltungen — nicht erst seit 14 Tagen, sondern

seit dem / August 1970, — daß wir die volle Einsicht verlangen und mit zwei Punkten begründen.

Einmal, weil in amtlichen Verlautbarungen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, aber auch in amtlichen Verlautbarungen der DDR immer die Worte „die Verhandlungen und der Vertrag“ gebraucht wurden. Deshalb wünschen zu wissen: Was ist in / den Verhandlungen gewesen? Dies wünschten wir zu lesen.

[Fortsetzung **Dr. Barzel** (CDU/CSU) im Bundestag, 26.4.1972]

Zum zweiten, weil Sie selbst Auszüge aus diesen Protokollen in das Ratifikationsverfahren eingeführt haben. Herr Bundeskanzler, wer Auszüge verwendet, der muß jemandem die Möglichkeit geben, festzustellen:

was stand davor, was stand dahinter? Denn was [entsteht] sonst — mein Kollege Strauß hat es hier einmal mit den zwei Bibelsätzen vorgemacht — was dann für ein verwirrendes Bild ?!

Und wenn Sie, Herr Bundeskanzler, hier davon sprachen, acht Wochen lang hätten Sie alle möglichen Angebote auf Information gemacht, dann muß ich Ihnen sagen: Sie haben — ich bin sicher, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses dazu selber das Wort nehmen / wird — im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages dasselbe Verfahren wie im Bundesrat angeboten, d.h. man wird gnädigst zugelassen, Fragen zu stellen, Beamte wälzen [dann] dicke Aktenordner und lesen dann einen Satz vor, ohne daß man den, der dahinter oder davor steht, kennt. / Dies ist ein Verfahren, das schon im Bundesrat gerügt worden ist und das hier mit Recht gerügt wird.

Und ich glaube, daß mein Kollege Kliesing mit dem Argument recht hat, daß man sich doch als Historiker und als Jurist niemals auf etwas anderes / als auf die Quellen selbst stützt. Und wir verlangt haben, das Ganze als Geheimsache einzusehen, dann ist dies recht und billig. Und das ist nicht gegen irgendeine Praxis. Und niemand hätte dies gerügt, Herr Bundeskanzler. Denn die Männer, die dies hätten rügen können im internationalen Leben, sind doch auch, wie Sie wissen, seit Jahr und Tag zu höchst vertraulichen Gesprächen mit uns bereit und gehen doch davon aus, daß es hier ist wie in Großbritannien, wo der Führer der Opposition alles erfährt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Auf die plenumsrhetorisch vorgetragenen Indizien und Tatsachenbehauptungen Dr.Barzels (CDU/CSU) vom Vortag ging Brandt am 27.4.1972 nicht näher ein. Das taktvoll gerügte, vom Diskreten bis zum Konspirativen reichende Kommunikationsverhalten Willy Brandts angesichts der kontroversen Interessenlage von Regierungskoalition und parlamentarisch legitimer Opposition hatte übrigens nichts mit der Regierbarkeit der Bundesrepublik Deutschland zu tun. Das beachtenswerte, von Journalisten insistierend berichtete Zitat Willy Brandts - „Wenn Moskau Herrn Barzel hier entgegenkommen wollte, würde ich

*mich dagegen wehren*", kommentierte Brandt nicht. Er ging der erforderlichen Aufklärung einer deutschlandpolitisch delikaten, von Journalisten keineswegs erfundenen Tatsachenbehauptung aus dem Wege. Stattdessen speiste er Zwischenrufer mit der lakonischen Bemerkung ab: „*Glauben Sie, daß ich hier eine 17.-Juni-Rede halte?*“ Ergänzt vom moderaten Nachsatz: „*Ich rede konkret von den Schritten, die wir unternehmen! Davon lasse ich mich nicht abbringen!*“ (p. 10710 D). Wobei die auffallend despektierliche Konnotation - „*Glauben Sie, daß ich hier eine 17.-Juni-Rede halte?*“ – eine nicht zu unterschätzende, deutschlandpolitisch evaluierende Einstellungshaltung erkennen läßt.

Überraschend hörte sich allerdings Bundeskanzler Brandts

„*Und-ich-bin-davon-überzeugt:-Wir-werden-nach-der-[heutigen]-Abstimmung-weiterregieren*“<sup>10</sup> an. Davon abgesehen bot Brandts Rede vom 27. April 1972 kaum etwas Neues. Angesichts der hegemonialdiskursartigen und massenhysterisierend aufbereiteten, prädominant von den damaligen Hörfunk- und Fernseh-Monopolmedien journalistisch-publizistisch bewirkte Stimmungslage, dürfte Brandts Rekurs auf die von ihm adressierte deutsche *Isolationsgefahr* bei jener Plenarrede wohl sein eindrucksvollstes Argument gewesen sein. Ob es wirklich stichhaltig<sup>11</sup> war, steht nach wie vor in Frage.

**Brandt**, Bundeskanzler im Bundestag, 27.4.1972:

...„Die Opposition spielt in Wirklichkeit – auch wenn sie es natürlich nicht will – mit der **Gefahr der Isolierung der Bundesrepublik**“...

### **1967: Seliger-Bund vertriebener deutscher Sozialdemokraten**

Blick zurück ins Jahr 1967: Während der *Großen Koalition* Kiesinger/Brandt war die SPD deklamatorisch gesamtdeutsch ausgerichtet. Und nicht nur auf Bundesebene war die SPD eine genuin freiheitlich-rechtstaatliche, sozialpolitisch profilierte, arbeitnehmerunterstützende und wirtschaftspolitische Interessen ausgleichende Kraft, fortschrittlich technologiebejahend, leistungsbejahend (keine Quotenpartei, ohne geschlechtsspezifische Privilegierung, Radikalisierung oder Randgruppenfixierung) und im Hinblick auf konkurrierende Ideologien, Religionen und Weltanschauungen prinzipiell pluralistisch, konstruktiv-komplementär, aber okzidental-kultureuropäisch orientiert. Die SPD agierte

<sup>10</sup> Siehe: Bundestagsprotokoll, 27.4.1972, p.10711 C; vgl. auch Nickl 1976: 286.

<sup>11</sup> Das dem Kabinett Brandt/Scheel als „Ostverträge“ zuzuordnende Verhandlungs- und Vertragsgefüge 1970/72 kann hier nicht eingeblendet, ausführlich dargestellt, kritisch erörtert und detailliert deutschland- und europapolitisch samt Alternativen evaluierend vorgeführt werden. [de.wikipedia.org/wiki/Ostpolitik](http://de.wikipedia.org/wiki/Ostpolitik) und [www.zum.de/Faecher/G/BW/abbl/bundesrep/ostvertr1.pdf](http://www.zum.de/Faecher/G/BW/abbl/bundesrep/ostvertr1.pdf) bieten weiterführende Informationen. In diesem Beitrag wird nur eine resümierend-synthetisierende Rückschau umrissen.



wohltemperiert auf der Folie des *Godesberger Programms*. Der Marxismus war ad acta gelegt. Die SPD wollte verkrustete Strukturen, unterdrückerische, demokratisch illegitime oder obsolet gewordene Herrschaftsstrukturen „überwinden“, nicht das politische System: ohne die GG-verbürgte Grundordnung zu deformieren, ohne das staatliche Gewaltmonopol aus der demokratischen Legitimität herauszulösen. Ohne gesellschaftskonfliktstrategische Absichten, damit neue Ungerechtigkeiten einkalkulierbar zu fördern oder gar zu etablieren. Zwar zog der Sack der Mitgliederpartei nach unten und nicht nach vorne. Aber etliche Jahre nach Akzeptanz des Godesberger Programms von 1959, jedenfalls in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, war die SPD zur sozialdemokratischen Volkspartei geworden, die antithetisch konkurrierende Konzepte in sich volksparteigemäß aufarbeitete und GG-relevant transformierte, ja sogar vormalige Kommunisten und eine (mir en détail unbekante) Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten integriert hatte. Für die gesellschaftliche Kommunikation in Westdeutschland und West-Berlin war auch dies etwas Konstitutives. Mehrere Hofer Sozialdemokraten, die ich kennengelernt hatte, waren in ihrer Jugendzeit mehr oder weniger stark bräunlich grundiert gewesen. Was keine lokale Hofer oder fränkische Besonderheit darstellte. Dazu keine Namen.

Pro Sozialdemokratie initial beeinflusst wurde ich 1967 durch ein vom Bund vertriebener deutscher Sozialisten und Sozialdemokraten organisiertes, mehrtägiges internationales<sup>12</sup> Treffen in meiner Heimatstadt Hof/Saale, dem *Seliger*<sup>13</sup>-Kongreß. Die SPD schien mir nicht nur programmatisch und rational glaubwürdig, sondern freiheitlich-rechts-

---

<sup>12</sup> 25.-29.8.1967 mit Teilnehmern aus Großbritannien, Norwegen, Schweden, Kanada, Neuseeland, Südafrika, Australien, Österreich, Westdeutschland und West-Berlin, Südamerika und anderen Ländern; einer kam aus Israel (Dr. Erich Spitz). Mehrere in Bonn akkreditierte, ausländische Journalisten waren nach Hof/Saale gekommen. Daß ich etliche Veranstaltungen dieses internationalen Kongresses der *Seliger* als Redaktionsmitarbeiter der *Oberfränkischen Volkszeitung* (OVZ) journalistisch begleiten konnte, lag an der Urlaubsvertretungszeit. Es waren meine letzten Sommerferien vorm Abiturjahr. An Dr. Bruno Kreisky (SPÖ-Vorsitzender), Karl Kern, Ernst Paul, Herbert Hupka (als SPD-Mitglied) und Volkmar Gabert erinnere ich mich noch gut; nicht minder an Herbert Wehner, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Er wirkte authentisch, zumal sein Martellato über „*Breslau, Gleiwitz, Oppeln...sind deutsche Städte. Verzicht ist Verrat!*“, sicherlich nicht zum ersten Mal so gesagt, aber mit internationaler Aufmerksamkeit einmal mehr bekräftigt. Den vortags mit der rhetorischen Frage - „was wäre unsere Volksgruppe ohne die Sozialdemokraten?“ (OVZ, 26.8.1967, p.7) - aufgetretenen Ex-Bundesminister Hans-Christoph Seebohm (CDU) karikierte Herbert Wehner prompt als „Sonntagsredner“.

<sup>13</sup> nach Josef Seliger (\* 16.2.1870 in Schönborn bei Reichenberg; gest. 18.10.1920 in Teplitz-Schönau, Böhmen), dem ersten Vorsitzenden der *Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik* (DSAP).

staatlich, auf demokratisch-sozialistische Weise den *Dritten Weg* zwischen Kapitalismus und Kommunismus suchend, intelligent und volksgruppenorientiert, offen für neue politische Impulse, reformwillig und unbeugsam konsequent antitotalitaristisch zu sein. Wobei mir die *Via tertia* zur „neuen, besseren Ordnung“ zwischen freiheitlich dekoriertem, marktwirtschaftlich-westlichem Kapitalismus und überbürokratisiertem, stalinistischem Nationalkommunismus samt Staatskapitalismus wirtschaftspolitisch nicht hinreichend nachvollziehbar gewesen ist, zugegebenermaßen. Als sympathisch empfand ich jedoch schon 1967, daß die SPD konsequent ohne homophon orchestrierten Nationalismus auskam, gleichzeitig ohne unterwürfige Preisgabe völkerrechtlich „ererbter“ Positionen, weil sie den staatsterritorial zerteilten Deutschen zeitgeschichtlich „auferlegt“ worden sind. Fatum.

Zumal die Auffassung Volkmar Gaberts überzeugte mich: *„Heimat- und Selbstbestimmungsrecht in Europa können nicht mit dem Nationalstaatsdenken des vorigen Jahrhunderts“* [gemeint war das 19.] erreicht werden. *„Europäische Lösungen sind Voraussetzung“*<sup>14</sup>. Gabert war kein Sonderling; er vertrat keine vox clamantis in deserto. Unverklausuliert klar auch Bruno Kreisky mit der Forderung, die „Freiheit nicht auf dem Altar einer falschen Einigkeit“ zu opfern.

*„Niemals und nirgends haben demokratische Sozialisten ihre Gegner verfolgt. Immer und überall, wo die Freiheit vernichtet wurde, wurden sie verfolgt ... Es gibt kein Sichwiederfinden zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem totalitären Kommunismus.“*<sup>15</sup>

Westdeutsche und Westberliner Sozialdemokraten traten gesamtdeutsch eindeutig und unisono für das Heimat-, Rückkehr- und Selbstbestimmungsrecht, ebenso für die Rehabilitation aller vertriebenen und entrechteten Deutschen ein. Gleichermäßen solidarisch trat die SPD für die Heimat-, Rückkehr- und Selbstbestimmungsrechte anderer vertriebener und entrechteter Volksgruppen ein, z.B. für die vertriebenen Ostpolen. Das war glaubwürdig und respektfordernd. Die der SPD pauschal zugeschriebene Formel von der „staatserhaltenden Opposition“ machte in mehrfacher Hinsicht Sinn, nicht zuletzt im Hinblick auf Deutschland als Ganzes. Die Veranstaltungen des Seliger-Kongresses 1967 boten deutschland- und europapolitisch, volksgruppenkulturell, künstlerisch, literarisch, sprachgeschichtlich, zudem parlamentarisch-politisch eine Themen-Vielfalt des interkulturellen und des unterdrückten Deutschtums zur Zeit des „Kalten Krieges“.

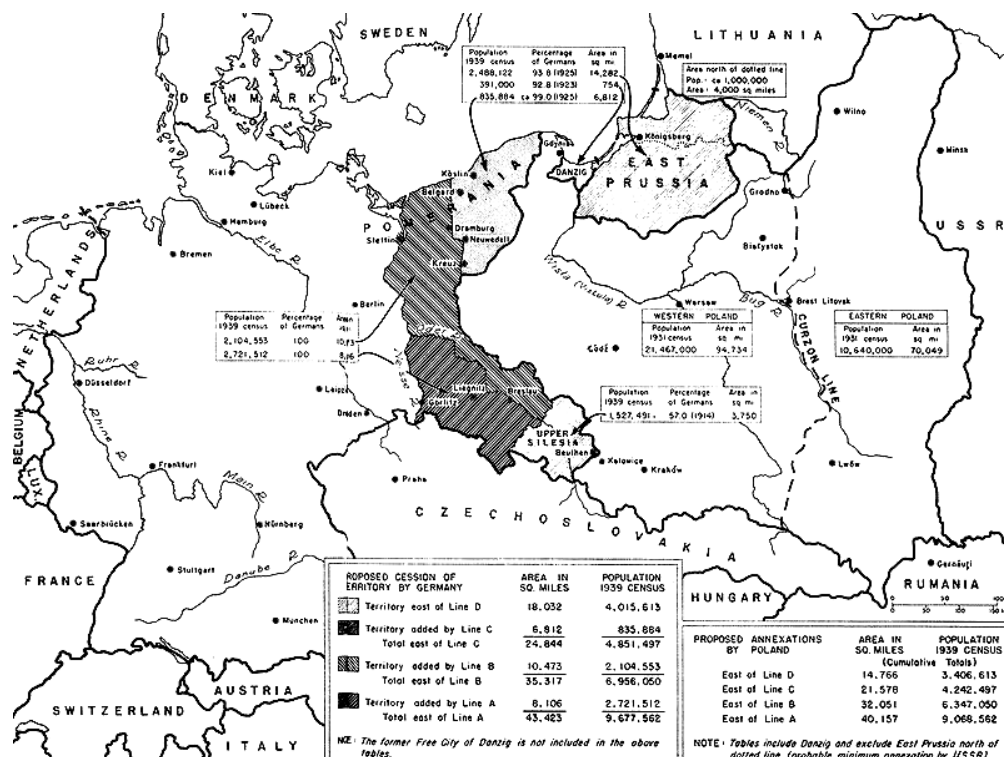
Sicherlich blieb bei diesem internationalen *Seliger-Kongreß* 1967 einiges vage. Zum Beispiel die Referenz auf die konkreten Grenzen

---

<sup>14</sup> Vgl. OVZ vom 29.8.1967, S.9

<sup>15</sup> Zitat Dr.Bruno Kreiskys vom 26.8.1967, vgl. *Hofer Anzeiger* vom 28.8.1967.

*Gesamtdeutschlands* vor dem Zweiten Weltkrieg. Das blieb oftmals - so mein persönlicher Eindruck - entweder einfach impliziert, oder taktvoll unexpliziert. Volksdeutsche Kulturtraditionen wurden unterschiedlich adressiert: Volksdeutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Sprachinseln und „Streudeutschum“ in Osteuropa, der UdSSR, Australien, Südwestafrika, Südafrika, Nord- und Südamerika.



Grafik, Außenministerium der USA: Potsdamer Konferenz: das mögliche Vertreibungsgebiet mit Bevölkerung beigezogen von [de.wikipedia.org](http://de.wikipedia.org):

[de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Vertreibungsgebiet.jpg&filetimestamp=20080525171255](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Vertreibungsgebiet.jpg&filetimestamp=20080525171255); in Graustufenversion umgewandelt, randläufig beschnitten.

Wer diese Daten und Details nicht kannte, oder nicht gewillt war, sie nachzurecherchieren, konnte das verwickelte Gestrüpp kontroverser deutschland- und volksgruppenrelationaler Aspektierungen kaum nachvollziehen. Herausgegriffener Anknüpfungspunkt:

Weder innerhalb der SPD-Publizistik der 1960er Jahre vor dem ersten Kabinett Brandt/Scheel, noch beim internationalen Seliger-Bund vertriebener deutscher und deutschstämmiger Sozialisten und Sozialdemokraten konnte ich eine einheitliche Mehrheitsmeinung bezogen auf völkerrechtlich plausible Grenzen Deutschlands als Ganzem eruieren. Formale, völkerrechtlich definierte Grenzen können wohl kaum das entscheidende oder durchgreifende Exklusiv-Kriterium für die weitverzweigten kulturellen deutschen Volksgruppen-Interessen im hegemonial-sowjetischen Osteuropa, in der damaligen UdSSR einschließlich Zentralasien sein. Auch wenn Deutsche und Deutschstämmige zuunrecht während und wegen des II. Weltkriegs entrechtet, ver-

trieben, verschleppt, in prekäre, kaum jemals wiedergutzumachende Lebenslagen manövriert worden sind.

Aus der Perspektive der kulturellen- und volksgruppenfixierten, sozialdemokratischen *Seliger*-Gemeinde kreisten etliche Diskussionen um die Grenzen des nicht nur zweigeteilten, sondern mehrfach geteilten Deutschlands samt abgetrennter, annektierter bzw. fremdverwalteter Gebiete, teils um das von den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs willkürlich gesetzte Datum vom 31.12.1937<sup>16</sup>, teils um den Gebietsstand Gesamtdeutschlands bzw. des Deutschen Reiches vor Kriegsausbruch 1939: bedeutet den Gebietsstand Deutschlands nach der bilateral wie international unbeanstandeten Rückgabe des Memellandes; also der Gebietsstand des *wiedervereinigten Deutschen Reiches vom März 1939* bzw. vor Kriegsausbruch, Ende August 1939. Unmißverständlich davon ausgenommen: die vorher erfolgte, völkerrechtswidrige Besetzung der „*Rest-Tschechei*“, der zentralen Areale Böhmens und Mährens, auch im März 1939.

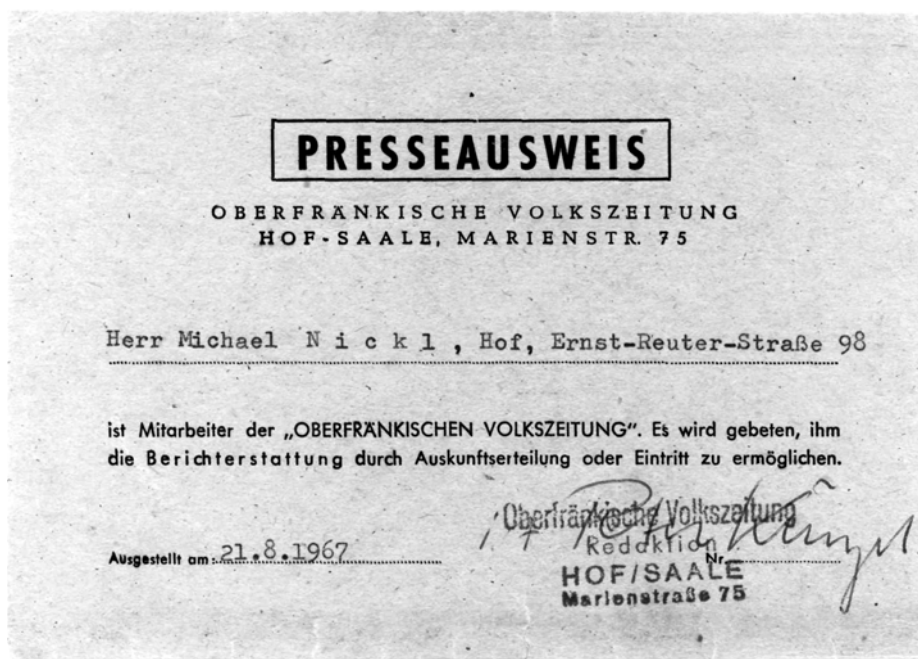
### ***Seliger* 1967: ein internationaler „Extremisten-Kongreß“?**

Trotz nach wie vor bedeutsamer Volksgruppen-Problemlage frage ich mich heute freilich: Hatte ich im August 1967 womöglich an einem fünftägigen, internationalen „Extremisten-Kongreß“ teilgenommen? Im Redaktionsauftrag der *Oberfränkischen Volkszeitung* fünf Tage lang bei den „Extremisten“ gewesen und trotz aller journalistischen Plackerei nichts gemerkt? Und alle andern Journalisten-Kollegen auch nicht?

Daß ich im Vorfeld dieser internationalen Tagung einen Presseausweis (Redaktionsmitarbeiter-Ausweis) der OVZ ausgehändigt bekam, 21.8.1967, hing mit den erwarteten, strengeren Presseregeln dieser für Hofer Verhältnisse relativ großen, international organisierten *Seliger*-Tagung zusammen. Ansonsten mußte ich mich in Hof und Umgebung selten als Journalist ausweisen.<sup>17</sup> Polizisten in Uniform fielen mir zwar im Umfeld der international gut besuchten Tagungsstätten häufig auf,

<sup>16</sup> Mit der willkürlich gesetzten Formel von „Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie am 31.12.1937 bestanden“, haben die alliierten Siegermächte seit 1944/45 drei Gebietserwerbungen als „erledigt“ betrachtet: die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, legitimiert durch die Volksabstimmung vom 10. April 1938 und die Verordnung vom 3. Juli 1938, zweitens die Abtretung des Sudetenlandes nach dem Münchner Abkommen (29.Sept.1938) am 10.Okt.1938, drittens die Rückgabe des Memellandes gemäß dem deutsch-litauischen Staatsvertrag vom 22.März 1939, also drei im Frieden manifestierte und legitimierte Gebietserwerbungen. Die völkerrechtswidrige Besetzung der „*Rest-Tschechei*“ am 15.März 1939, mithin das kreierte „Protektorat Böhmen und Mähren“ zählt selbstverständlich nicht dazu.

<sup>17</sup> Üblicherweise bekam ich Freikarten für diverse Kulturveranstaltungen: von der OVZ, oder vom *Hofer Anzeiger*, manchmal von der *Frankenpost*: meistens für



denn damals existierte noch die Hofer Stadtpolizei<sup>18</sup>, wovon ein paar Originale mit Spitznamen stadtbekannt gewesen waren. Daß andere von außerhalb 'in Zivil' mit von der Partie gewesen sein könnten, war wohl nicht aus der Luft gegriffen. Amüsant war ein Empfang der Stadt Hof im *Kleinen Rathaussaal*.<sup>19</sup>

Ohne Nachtarocken sei ein Gespräch mit Dr. Bruno Kreisky (SPÖ, seinerzeit Oppositionsführer in Österreich) erwähnt. Von allen Sozialdemokraten, die ich seither persönlich kennenlernte, hat Kreiskys Kommunikator-Image und seine taktvolle, politisch-pragmatische Problematisierungskunst bei mir den positivsten Eindruck hinterlassen. Gilt auch im Vergleich zu Willy Brandt, den ich anlässlich der Verabschiedung von MdB Martin Hirsch<sup>20</sup> im Spätherbst 1971 bei der Deutschen Parlamenta-

---

Konzert-Besprechungen. Um Lokal- und Regionalberichte oder Versammlungsberichte zu erstellen, Pressekonferenzen Hofer Behörden wahrzunehmen, auch beim Hofer OB oder in der Landkreis-Umgebung brauchte ich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre als freier Journalist keinen Ausweis, auch nicht zu den *Rosenthal-Feierabenden* (Gastspiel-Konzerte, Theateraufführungen meist ausländischer Ensembles, sowie Vernissagen in der Stadt Selb). Nur für einzelne Gerichtsberichte aus dem (damaligen) Hofer *Justizpalast* am Berliner Platz und bei wenigen Kinobesuchen (für Film-Rezensionen) mußte ich mich als Journalist ausweisen.

<sup>18</sup> Die Polizei der kreisfreien Stadt Hof/Saale war städtisch organisiert.

<sup>19</sup> Wozu der Hofer Oberbürgermeister Hans Högn eingeladen hatte. Daran kann ich mich deshalb noch entsinnen, weil am Rathausportal zwei Polizisten der Hofer Stadtpolizei in weißer Paradeuniform Spalier standen und jeder/m Eingeladenen treppauf beim Eintreten filmreif salutierten.

<sup>20</sup> Stellvertretender SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzender, danach Richter des Bundesverfassungsgerichts. Beim Empfang in der Bonner DPG-Villa, war Willy Brandt schon anwesend, als Martin Hirsch und ich zusammen dort ankamen. (Eingeladen

rischen Gesellschaft in Bonn kennenlernte. Die Persönlichkeit Willy Brandts wirkte auf mich undurchschaubar maskiert; (ich dachte: der läßt sich nur schwer oder gar nicht in die Karten schauen). Bruno Kreiskys Kommunikatorperformanz war in meiner Wahrnehmung auch vergleichsweise dezenter und umgänglicher als diejenige Herbert Wehners, der in den 1970er Jahren mehrfach als Kundgebungsredner im Vogtland aufgetreten ist. Herbert Wehner, zuckerkranker Pfeifenraucher, schien mir der Inbegriff eines parteipolitischen Willensmenschen zu sein. Nach längeren öffentlichen Reden mußte er meist von seiner Stieftochter<sup>21</sup> massiert werden.

Beim Internationalen Seliger-Kongreß 1967 erschienen mir mehrere Punkte *fortschrittlich*: die nichtstaatsterritorial fixierte, faire, auf friedliches Miteinander basierende und verantwortungsbewußt auf Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht gestützte, gesamtdeutsch undogmatisch offene und intelligente, den alliierten Siegermächten gegenüber nicht-dezisionistische Situationsbeschreibung, d.h. gesamtdeutsch legitime Volksgruppen-Interferenz verknüpft mit europapolitisch sicherlich nicht schnell herbeizuzaubernden, kreativen Zielvorstellungen, die substanziell über die vorgegebene Ost-West-Dichotomie hinausgingen und worin Sozialdemokraten mit und ohne Vertreibungstraumata eine reale Defizienz im Internationalen Recht erkannt hatten:

### **die Offenheit der Deutschen Frage als Volksgruppen-Frage**

das Fehlen de facto durchgreifender, kulturell durchsetzbarer Volksgruppenrechte für Deutsche bzw. Volksdeutsche zumal außerhalb staatsnational definierbarer Grenzziehungen, in erster Linie in kommunistischen und staatssozialistischen Machtbereichen. Dies schien mir *das moderne Desideratum* zu sein, das sozialdemokratische Politiker gesamtdeutscher Provenienz in die europäische und internationale Politik unaufgefordert einzubringen hätten. Weder Judenverfolgungen noch Vertreibungen<sup>22</sup> deutscher Volksgruppen wurden von der *SPD des*

---

war ich als Stellv. Hofer SPD-Unterbezirksvorsitzender. Der Hofer SPD-UB-Vors. Alfred Börner MdL, „Don Alfredo“, war durch Landtagsarbeit oder anderweitige Verpflichtungen verhindert und wollte deswegen sowieso nicht nach Bonn fahren.)

<sup>21</sup> Greta Burmester: sie stenographierte gewöhnlich Wehners Reden mit, routinemäßig sogar Wehners Gespräche, sofern er sie nicht ein klein bißchen unwirsch aufforderte, gestisch, weniger artikulatorisch explizit, dies mal sein zu lassen. Ihren Stiefvater hat sie rund um die Uhr betreut.

<sup>22</sup> „Etwa 12 bis 14 Millionen Deutsche und deutschstämmige Angehörige verschiedener Staaten zwischen 1944/45 und 1950 waren von Flucht und Vertreibung betroffen. Mehrere hunderttausend Menschen wurden in Lagern inhaftiert oder mußten – teilweise jahrelang – Zwangsarbeit leisten“ (zit. nach:

de.wikipedia.org/wiki/Vertreibung#Potsdamer\_Beschl.C3.BCsse\_.E2.80.93\_Grenzfragen). Vgl. entsprechende Nachweise in Bernd Faulenbach, Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 51-52/2002), Digitalisat:

*Godesberger Programms* bagatellisiert oder von sozialdemokratischen Vertriebenen-Vereinigungen aufrechnungspolitisch oder irgendwie „revanchistisch“ thematisiert. In persönlichen Gesprächen hatte ich den Eindruck gewonnen, daß Grenzziehungen – „*wie sollen Grenzen gerecht durch mehrere Volksgruppen hindurch gezogen werden? Warum müssen Grenzen durch Volksgruppen gezogen werden?*“ – im Hinblick auf Mitteleuropa und Osteuropa nicht selten in Frage gestellt wurden, weil die gewaltsame Herstellung ethnisch homogener Staatsnationen den Volksgruppen-Realitäten entgegengesetzt und nicht als unabdingbar anerkennungswürdige „Zwangsjacke“ erschien. In der deutschsprachigen Berichterstattung und Kommentierung wurde dieser konkrete Volksgruppen-Avantgardismus der vom internationalen „Seliger“-Bund inspirierten Sozialdemokraten kaum aufgegriffen, sondern ignorant beiseite geschoben. Diese Art von Volksgruppen-Avantgardismus, der aus leidvollsten Erfahrungen resultierte, paßte wohl nicht in die tagesaktuelle, politische Landschaft. Die politische Klasse deutschsprachiger Länder war an Modellvorstellungen und Problemlösungen zur staatsnationübergreifenden, zwischenstaatlichen Regulierung von Volksgruppenfragen und Volksgruppenrechten oder gar am Volksgruppen-Avantgardismus vertriebener Sozialisten und Sozialdemokraten nicht interessiert. Doch das war eine Kernfrage: „***Welche realpolitische Protektion brauchen deutsche Volksgruppen?***“

Und selbst, wenn absehbar nur „Minderheitsrechte“ pragmatisch-politisch erreichbar sein sollten, wie müßten die dann beschaffen sein? Solche Fragen und Statements überzeugten mich genauso wie die ironisch kursierende Feststellung, daß man „mit der ‚Bergpredigt‘ keinen Staat machen kann“. Die Mehrheit der sozialistischen und sozialdemokratischen Vertriebenen, auch die Mehrheit der parteipolitisch nicht fixierten Vertriebenen tendierte 1967 und noch 1969 nicht zur CDU und CSU, oder zur ÖVP, sondern war überwiegend in Vereinigungen organisiert, die in deutschsprachigen Ländern der SPD und der SPÖ nahe standen oder sich darin integriert hatten.

Mit der sogenannten „Entspannungspolitik“, Koexistenz-Konkretisierung bzw. „Neuen Ostpolitik“ der beiden Kabinette Brandt/Scheel (Oktober 1969 bis Mai 1974)<sup>23</sup> und ihrer status-quo-perfektionierenden Anerkennung, Plausibilisierung und Rationalisierung der von den alliierten Kriegsgegnern Deutschlands erzwungenen Annexionen und De-facto-Realitäten begannen sich die oftmals Kurt-Schumacher<sup>24</sup>-

---

[www.bpb.de/publikationen/DTGNNTT,0,0,Die\\_Vertreibung\\_der\\_Deutschen\\_aus\\_den\\_Gebieten\\_jenseits\\_von\\_Oder\\_und\\_Nei%DFe.html](http://www.bpb.de/publikationen/DTGNNTT,0,0,Die_Vertreibung_der_Deutschen_aus_den_Gebieten_jenseits_von_Oder_und_Nei%DFe.html)

<sup>23</sup> I.: 21.10.1969-14.12.1972 und II.: 14.12.1972-16.5.1974, siehe:

[www.election.de/hist/kabinette\\_brandt.html](http://www.election.de/hist/kabinette_brandt.html)

<sup>24</sup> [de.wikipedia.org/wiki/Kurt\\_Schumacher](http://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Schumacher)

orientierten, deutschlandpolitischen Einstellungshaltungen deutscher Vertriebener von der SPD zu lösen. Ein volksgruppenpolitisch angemessenes Engagement zur Protektion deutscher Volksgruppen war in beiden Kabinetten Brandt/Scheel nicht erkennbar.

**Keinerlei Modelle völkerrechtlicher Interferenz**, *nachbarschaftsnational* sowie *volksgruppennational* konstituiert, anwendbar auch für Annexionsgebiete und Volksgruppenmischgebiete in Mittel/Ost/Südosteuropa, wurden entwickelt. Dies wäre aber eine angemessene, zu riskierende Aufgabe deutscher Reunifizierungs- und Volksgruppen-Politik gewesen. Stattdessen lieferten die beiden Kabinette Brandt/Scheel nationalfragmentarische Status-quo-Konkretisierungs- und Stabilisierungspolitik, staatsnationale oder nationalterritorial inspirierte, kleinstdeutsche Restaurationskosmetik zur Annexionsplausibilisierung und zu ethnischen Homogenisierungszwecken östlicher Vertragspartner.

Die „national-föderative Idee“ verwoben mit dem Volksgruppen-Deutschtum stand aus der Wahrnehmungsperspektive vieler Vertriebener in den 1970er Jahren plötzlich zur Disposition. Durch die *neoversailles*-artige und *neosaint-germain*-analoge Erfüllungspolitik - „*In-Einklang-Bringen der deutschen Politik mit den herrschenden internationalen Tendenzen*“ [klingt besser als: *Selbstbestimmungs-Verweigerungspolitik*] wurden Alleinschuld-Akzeptanz und ungerechte Annexionsforderungen im vorausseilenden Gehorsam ohne Friedensvertrag übernommen, *ohne* die gesamtdeutsche Selbstbestimmungs- und Volksgruppenfrage auch nur völkerrechtlich angemessen einzubringen, geschweige denn voranzubringen: Die Regierung Brandt/Scheel war nicht gewillt, gesamtdeutsche Interferenzpolitik oder völkerrechtlich innovative Volksgruppenpolitik zu versuchen. Volksdeutsche drohten noch mehr zu Aggressionsobjekten von Vertreiberstaaten zu werden, die ihre jeweiligen Kriegs- und Nachkriegsverbrecher bereits durch wirksame Amnestiegesetze pauschal privilegiert hatten. Drohkulissen wurden gezielt gegen „die Vertriebenen“ aufgebaut („Revanchismus“-Vorwurf). Für die Alliierten dürfte Willy Brandt der optimale deutsche Kanzler gewesen sein. Denn diese *neoversailles*-artige und *neosaint-germain*-analoge Selbstbestimmungs-Verweigerungspolitik wurde nun vom deutschen Repräsentanten mit legitimer politischer Richtlinienkompetenz (GG Art.65) selber angepaßt und freiwillig inszeniert.

In der Brandt/Scheelschen Außen- und Deutschlandpolitik schien kaum noch Platz für einen ernsthaften gesamtdeutschen Gestaltungswillen gemäß GG-Wiedervereinigungsgebot zu sein. In der 1949 bis 1990, auch 1969-1974 gültigen Fassung: „*Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.*“

Wollte die Regierung Brandt/Scheel ernsthaft das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung als Herstellung der nationalen, gesamtdeutschen



Einheit umsetzen? Wo blieb die substanziell-völkerrechtliche Gleichberechtigung Deutschlands und aller Deutschen? Stellte die **Wiederherstellung der deutschen Einheit** entsprechend der alliierten Bestimmung von Gesamtdeutschland [Anm.16] nach 1969 noch ein umsetzungsbedürftiges Gestaltungsziel SPD-moderierter Deutschlandpolitik im Sinne des GG-fundierten, umsetzungspflichtigen Staatsziels dar? Ohne akribische Arkanum-Recherche und Analyse zuzuordnender sprachlicher Äußerungen ist das nicht zu klären. Ebenso die Frage: Wann endlich darf eine souveräne deutsche Regierung bzw. eine freigewählte gesamtdeutschen Regierung über ihre außen- und sicherheitspolitische Orientierung eigenständig, ohne alliierte und externe Vorgabe bzw. ohne externen (alliierten Sieger-) Zwang entscheiden?

Nochmals zurück ins Jahr 1967: Öffentlich-aktuell war im August 1967 der *Sechstagekrieg* zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien und Syrien (5. bis 10.Juni 1967). Ein Ereignis wie die Niederschlagung des Liberalisierungs- und Demokratisierungsprogramms des *Prager Frühlings 1968* (20./21.Aug.) durch sowjetische, polnische, ungarische und bulgarische Truppen des Warschauer Pakts war im Sommer 1967 nicht vorherzusehen, blieb in den politischen Kontroversen der 1970er Jahre jedoch ein Dauerbrenner. Denn der Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, war durch *externe, supranational koordinierte Waffengewalt* zum Scheitern gezwungen und von Westalliierten machtpolitisch toleriert worden. Eine konflikträchtige Kommunikationssituation angesichts der Funktion der Demarkationslinie quer durch Mitteleuropa war inzwischen entstanden. Selbstgefällige Parlamentarier und Parteipolitiker fürchteten sich vor ehrlichen Antworten.

Da kam das neue Zauberwort „*Friedenspolitik*“ in der Bedeutung von „*friedlicher Koexistenzpolitik*“, trotzdem synonym mit Status-quo-Politik, zur „richtigen“ Zeit. Denn damit ließ sich vieles verschleiern und gleichzeitig „praktisches Handeln“ durch „Verhandlungen“ und mutmaßlich erzielte, bürokratisierungsfähige, ebenso komplizierte wie leerformelträchtige „Minimalmodifikationen“ inszenieren: „*Wandel durch Annäherung*“. Derlei argumentativer Drahtverhau wäre wahrscheinlich *ohne massive media support* nicht mehrheitsfähig gewesen.

Schon mit dem ersten Kabinett Brandt/Scheel wurde die „Entspannungspolitik“, bzw. „Friedenspolitik“ mit überraschend viel positiver Medienresonanz und Mediensolidarität sowie beschleunigtem Erfolgswang vorangetrieben. Die „Ostverträge“ wurden sozusagen ‚auf die Schnelle durchgepeitscht‘, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 24.April 1972 nicht unerheblich motivierte (von taktischen Spielchen abgesehen), ein *Konstruktives Mißtrauensvotum* nach Art.67 GG einzubringen<sup>25</sup>. Bei ten-

<sup>25</sup> abgesehen von der abgeschmolzenen SPD/FDP-Mehrheit vom Okt.1970 bis März 1972 auf 250 zu 246 Bundestagsabgeordneten (Regierungskoalition zu Opposition) und 12 zu 10 bei den Berliner Abgeordneten. Die SPD-Abgeordneten Herbert

denzpublizistisch schwer kalkulierbar gewordenem Gegenwind. Denn die Mehrheit der Journalisten und Redakteure, vor allem des „öffentlich-rechtlichen“ Monopol-Hörfunks und Monopol-Fernsehens, tendierten zur SPD/FDP.<sup>26</sup> Kaum einschätzbar dürfte damals der Einfluß international organisierter, nicht-parteilichtischer und nicht primär wirtschaftlicher Gruppen auf führende Journalisten-Zirkel gewesen sein: offizielle und inoffizielle Logen-Vereinigungen und sicherheitspolitisch agierende Funktionseliten, effektive, gut vernetzte Kommunikationspartnerschaften, die eher zum Arkanum von Gesellschaften, Staaten und Bündnissen gehören.

Weder der nicht retuschierbare Drive deutscher Journalisten pro SPD/FDP in den 1960er und 1970er Jahren, noch die rotgrüne Präferenz bei tonangebenden Journalisten-Kohorten seit den 1990er Jahren, all dies ist bis dato keineswegs „erklärt“. Die Konkretisierungen und Wirkungen der Presse-lizenzvergabe 1945/49 durch die Westalliierten sind zwar bis zu einem gewissen Grad nachrecherchierbar, was deren leicht objektivierbare Seiten und Rücksichten angeht. Ein ‚small effect‘ sollte jedoch nicht dabei ausgeblendet werden: Presse- und Verlagslizenzen wurden nach dem II. Weltkrieg in den Westzonen bevorzugt an Freimaurer-Brüder vergeben. Das war nicht nur in der Stadt Hof so.

Zu prüfen wäre, ob daraus diskriminierbare Rekrutierungsstrategien resultierten, die auf parteilichtisch deklinierbare Präferenz-Szenarien journalistischer Kommunikationspartnerschaften und Platzhirsche in den folgenden Dekaden einflußreich gewirkt haben könnten. Womit hypothetisch auf ein Indiz hingewiesen, jedoch kein kausal isoliert erklärender Faktor avisiert wird.

### **SPD als pervertierbarer politischer Mikrokosmos**

Persönliche Erfahrungen und Impressionen seien eingeflochten: Vom Herbst 1967 bis ins Jahr 1980 war ich Mitglied der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* gewesen<sup>27</sup>. Gut ein dutzend Jahre SPD-Mitgliedschaft auf der Basis des *Godesberger Programms*, das ich in meinem lokalen und regionalen Hofer und Fränkischen Wirkungskreis

---

Hupka (29.Feb.1972) und Franz Seume (3.März 1972) waren zur CDU/CSU-Fraktion übergetreten. Außerdem hatten sich bereits einige FDP-Abgeordnete ablehnend kritisch zu den umstrittenen „Ostverträgen“ geäußert. Vgl. Nickl 1976: 86 ff.

<sup>26</sup> Parteilichtische Präferenzen von Journalisten werden kontrovers diskutiert; pars pro toto sei nur auf Schulz/Schönbach (eds.1983), Saxer (ed.1983) verwiesen.

<sup>27</sup> 1971/73 stellvertretender SPD-Unterbezirkvorsitzender in Hof, nach Kampfkandidatur gegen Martin Hirsch MdB, der unterlag (berichtet im *Hofer Anzeiger/Frankenpost* und in der *Oberfränkischen Volkszeitung*, 22.3.1971), danach Vorsitzender der Schiedskommission im SPD-UB Hof, einige Funktionen bei den „Jusos“ in Hof, im Bezirk Franken und Juso-Landesausschuß Bayern, (jeweils ehrenamtlich).

**SPD-Vorstand:****Klare Abgrenzung gegen Kommunismus**

**Hofer SPD stellt sich hinter Dr. Vogel / Keine Verteufelung der kritischen Parteijugend  
Jungsozialisten stehen auf dem Boden des Godesberger Programms / Hof kein München**

**HOF.** - Die Funktionärskonferenz des SPD-Ortsvereins, die gestern in der Gaststätte „Zur Linde“ im Hinblick auf die kommenden Stadtratswahlen in erster Linie kommunalpolitische Fragen behandelte, billigte eine Stellungnahme des Ortsvereinsvorstandes zu den Auseinandersetzungen in der Münchner SPD. Das Spitzengremium der Hofer Sozialdemokraten hatte am Montag die Lage der Partei auf dem Hintergrund der Münchner Ereignisse diskutiert. Wie dazu Ortsvereinsvorsitzender Harry Gösel mitteilte, sei es gut, daß die erste Runde des Streites im Münchner Unterbezirk zugunsten von Dr. Vogel ausgegangen ist. Ein umgekehrtes Abstimmungsergebnis hätte viele Mißdeutungen ausgelöst. Die Hofer SPD sehe im Münchner Oberbürgermeister Dr. Vogel den besten Mann, der zur Zeit für die SPD in Bayern im politischen Rampenlicht steht. Sie wende sich gegen den Versuch, aus den Meinungsverschiedenheiten im Münchner Unterbezirk pauschale Verurteilungen gegen irgend eine Gruppe innerhalb der Partei abzuleiten.

Der Vorstand der Hofer SPD erklärte auf der Sitzung, daß es für ihn noch nie Grenzverwischungen gegenüber dem Kommunismus und jeglichem extremen Radikalismus gegeben habe. Die Hofer SPD stehe ohne Vorbehalte auf dem Boden des Godesberger Programms und habe nie Zweifel begehrt, daß eine fortschrittliche Reformpolitik im Rahmen des Grundgesetzes und mit den Mitteln des Parlamentarismus zur Ausgestaltung der freiheitlichen und sozialen Demokratie möglich und nötig

ist. Diese grundsätzliche Auffassung werde in Hof auch von den jungen Sozialdemokraten geteilt, die in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und auch in den Sektionen und im Vorstand des Ortsvereins mitarbeiten. Die Hofer SPD wendet sich, wie Gösel erklärt, mit aller Schärfe dagegen, daß aus dem Münchner Klärungsprozeß eine Verteufelung der kritischen Parteijugend abgeleitet wird.

Die obigen Feststellungen werden in einer Stellungnahme, die uns Michael Nickl, Mitglied des Vorstandskollektivs der fränkischen Jungsozialisten, zugehen ließ, unterstrichen. Nickl schreibt: „Der Münchner Parteitag hat entschieden. Diese Entscheidung wird respektiert. Untersucht werden muß hingegen der politische Stellenwert dieser Entscheidung. Darüberhinaus wird die Art und Weise des Zustandekommens dieser Entscheidung von den zuständigen Gremien innerparteilich diskutiert werden, beispielsweise unter dem Gesichtspunkt des bevorrechteten Zugangs von populären Repräsentanten der Parteien zu den öffentlichen Nachrichtenübermittlern Presse, Rundfunk und Fernsehen.“

Vorangestellt sei eine Feststellung, die nach wie vor Gültigkeit besitzt: OB Dr. Hans-Jochen Vogel ist einer der fortschrittlichsten Kommunalpolitiker in der Bundesrepublik. Betrachten wir nach München Tatbestände und Entwicklungsbedingungen, die für die Jungsozialisten im Rahmen der Gesamtpartei erheblich sind, so gilt folgendes:

● Die Aktion Dr. Vogels war keine Aktion gegen „die“ Jungsozialisten.

Gerade in Franken hat der geschäftsführende SPD-Vorstand vor jeder „pauschalen Verdächtigung“ von Jusos in der Öffentlichkeit gewarnt. Das Bezirkskollektiv der Jusos hat diese Erklärung dankend zur Kenntnis genommen.

● Auch die dramatische Weise der Auseinandersetzung in München beweist erneut, daß die SPD eine ungenügend kräftige, linke demokratische Volkspartei ist. Sie ist keine Einheitspartei mit einem Einheitsblock an Meinung. In ihr gibt es berechtigterweise Flügel. Die Entscheidungen werden in der SPD nach Mehrheitsprinzip getroffen. Und gerade auf diesen steten innerparteilichen Gärungsprozessen kann jedes SPD-Mitglied stolz sein. Von einer faschistoiden Führerpartei a la Franz Joseph Strauß sind wir um Lichtjahre entfernt.

● Die SPD darf deshalb im Sinne ihrer gelebten demokratischen Tradition auch ihre großen Männer nicht jahrelang aus der innerparteilichen Kritik entlassen. Grundsätzlich sollten wir nicht darauf verzichten, auch populäre Repräsentanten der SPD an die demokratische Willensbildung der Partei zu binden.

● Faire Auseinandersetzungen auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus in Freiheit bejahen wir. Niemand darf dabei diffamiert, niemand darf zum Aggressionsobjekt gemacht werden. In jedem Fall bitten die Jusos um eine urteilsgebundene Einstellung.

● Die Jungsozialisten stehen fest auf dem Boden des Godesberger Programms und zwar bundesweit, auch in Franken, auch in Hof.“

(KV und UB Hof, im Bezirk Franken nur mit Juso-Funktion)<sup>28</sup>, ebenso während meiner Münchner Studentenzeit 1970/76 mehrmals in Diskussionen verteidigt habe, vgl. *Oberfränkische Volkszeitung*, 4.3.1971.

Der antithetisch komponierte Pluralismus des *Godesberger Programms*

<sup>28</sup> Das politische Gewicht der SPD-Bezirke war im Rahmen des seinerzeitigen Organisationsstatuts relativ stark, was auch für den SPD-Bezirk Franken galt. Er hatte innerparteilich mehr Gewicht als der Landesverband der bayerischen SPD (der keine Organisationsgliederung im Sinne des SPD-Parteistatuts gewesen war). Was auch die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD in ihrem Aktionsradius nicht ignorieren konnte. Inzwischen folgt die SPD-Organisationsgliederung längst der politischen Gliederung in der BR Deutschland, was für Bayern besagt: Parteigliederung analog den Regierungsbezirken. In den 1970er Jahren wurde die Auseinandersetzung um die SPD-Organisationsstrukturreform in den vormaligen bayerischen SPD-Bezirken mit und gegen den SPD-Landesverband engagiert geführt. Ein nennenswerter Teil der parteipolitischen Arbeit des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Helmut Rothmund wurde ab 1976 davon absorbiert.

*„...Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes...“*

war kein konzeptionsloser Mix von beliebigen Ethiken, Ethnien, Essentials, Komponenten, Politideologien und Weltanschauungen, war kein additives, dissoziierendes oder indifferentes *Multikulti*. Mit dem *Godesberger Programm* sollten weder die Deutschen als deutsches Staatsvolk noch die deutschen Volksgruppen als Volksdeutsche oder Kulturnationsdeutsche marginalisiert oder pulverisiert werden. Das Eintreten für die gesamtdeutsche Nation rangierte im *Godesberger Programm* unter der Rubrik „Die staatliche Ordnung“:

*„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk. Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können...“*

Vor und während meines Studiums politisch erheblich durch SPD-Erfahrungen und meine Mitarbeit im oberfränkischen Lokal- und Regionaljournalismus beeinflusst, hielt ich Distanz zu einschlägigen Studentenverbindungen wie zu radikalen Studenten-Gruppen. Nicht nur in dieser Hinsicht möchte ich die Juso- und SPD-Erfahrungen keinesfalls missen. Suspekt waren mir dagegen *Spartakus*-Leute, die stets „einheitlich“ auftraten. Im *Amerika-Haus* am Münchner Karolinenplatz, worin sich das *Institut für Zeitungswissenschaft* der LMU München befand, lagen manchmal Pamphlete der *RotZ-Zeiwi*<sup>29</sup> aus. Mit diesen und anderen „68ern“ konnte ich nichts anfangen.

Seit dem Zerfall der Troika Brandt/Schmidt/Wehner, seit den 1980er Jahren fehlt es der SPD an föderalrepublikanischer Gestaltungsqualität, Innovationskraft und Kommunikator-Glaubwürdigkeit. Trotzdem stellt auch die heutige, kleinstdeutsch segmentierte und radikalisierte SPD einen lehrreichen, mehrseitig pervertierbaren Mikrokosmos eines typisch westlichen, gefährlich instabilen Demokratiegebildes und Entscheidungsgefüges mit gesellschaftspolitisch bedingten Desintegrationstendenzen dar. Das überzeugendste, komplementär-pluralistisch komponierte Programm, das die SPD bisher in ihrer Parteigeschichte hatte und das viel konstruktives und kooperatives Mobilisierungs-

<sup>29</sup> „Rote Zelle Zeitungswissenschaft“

potenzial beinhaltete, um Desintegrationstendenzen entsprechend Paroli bieten zu können, das 'Godesberger Programm' vom November 1959, wurde schon Ende der 1970er Jahre parteiintern kaum mehr ernst genommen; wenngleich es SPD-formal noch bis ins Jahr 1989 galt.

Keinesfalls geht es darum, „die SPD“ despektierlich als ideale Gesamtprostituierte des Spätkapitalismus anzuprangern. Manch philo-sozialistisch inspirierte Kritiker/innen des ultralinken „Lagers“ versuchen „die SPD“ bisweilen in diese Richtung tippeln zu sehen. Bei der SPD als ehemals gesamtdeutschlandpolitisch *staatstragender* Oppositions-, Regierungs- und Volkspartei zählt nicht allein das Design, oder wie Parteikrisen durchgestanden oder Richtungsstreitereien zwischen rechtsstaatlich-konsequenten und linksbürokratisch opportunistischen Sozialdemokraten gemeistert werden. Es interessieren nicht nur programmatisch definierbare „freiheitlich-demokratische Sozialisten“ mit linkem oder rechtem Selbstverständnis, oder das Alte-Gräben-Vertiefen versus Neue-Wege-Gehen. Der Streit zwischen *Antiqui* und *Moderni* ist seit Jahrhunderten was Normales. Die Quoten-Qualität des SPD-Führungspersonals ist aber was Abnormes. Ihr wenig identifikationsfähiges Kommunikatoren-Erscheinungsbild wiederum was Normales: Wie sollten dergestalt auch attraktive, mobilisierende oder gar maßgebliche Akzente durchsetzende Polit-PR und Repräsentanzkommunikation zustandekommen? Geht es bloß ums Polit-Floaten? Und die Frage nach politischen Denkern und politischem Denken in der SPD? Seit den 1980er Jahren schaut das wie eine kuriose Blütenlese aus: von „DDR“-*Anerkennung* und *Zwei-Staaten-Theorie* bis hin zur Servilitätsbereitschaft gegenüber dem vormalig existierenden, volksfrontbasierten, spät-sowjetischen Staatskapitalismus. Zur Jahrtausendwende dann überflüssigerweise noch Doktrinäres: die Inkorporierung des lesbischen Feminismus<sup>30</sup> und die Begünstigung homosexueller Normvorgaben im Rahmen der *laissez-faire*-artigen Multikulti-Zivilgesellschaftsideologie.

Nochmals zur Rubrik '*Abgrenzung vom Kommunismus*': die war in der SPD der 1960er und 1970er Jahre vorhanden. Als sozialdemokratische Politiker noch inhaltlich nachvollziehen konnten, was menschenverachtende Diktatur und Totalitarismus bedeuten.<sup>31</sup> Bundesweit, nicht nur in Berlin, hat die

---

<sup>30</sup> cf. Heinz Rümmer 2006

<sup>31</sup> Sowohl meiner interethnischen Herkunft wie auch der jahrzehntelang ausgeweglosen Randlege meiner Heimatstadt Hof/Saale verdanke ich den ungeschminkten Blick auf einen limitierten Set politischer Konstellationen. In „Bayrisch-Sibirien“, im nordostoberfränkischen Grenzland war bis zur Wende 1989/90 „die Welt zuende“, sowohl zur „DDR“ hin wie Richtung Tschechei. Eine Portion '*Antikommunismus*' kann da kaum unerwähnt bleiben. Bereits die "antikommunistische Tendenz" meiner Doktorarbeit über die „*Rhetorik parlamentarischer Mißtrauensvoten in Deutschem Reichstag 1931/32 und Bundestag 1972*“ war 1979 in der „DDR“-*Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung* Bd.32,

SPD inzwischen mitzuverantworten, daß die umetikettierten Postkommunisten [SED/PDS-PDS/LL-Die-Linke] und ihre teils nationalkommunistischen Positionen in Mittel- und Westdeutschland wieder salonfähig wurden.

### ***Herstellung nicht Wiederherstellung der Einheit Deutschlands***

Seit der 1990er Vereinigung zweier deutscher Gliedstaaten in Deutschland, der „Herstellung“, nicht „Wiederherstellung“ der Einheit Deutschlands<sup>32</sup>, zeigt sich, daß sich z.B. die Lehrmeinung stalinistischer "DDR"-Germanisten, ihrer kommunistischen Auslands- und Reisekader und etlicher Erlanger Claqueure der „DDR“-Anerkennungsbewegung und der an den beiden ehemaligen Erlanger Philosophischen Fakultäten schwindelnd hoch eingeschätzten „Zwei-Staaten-Theorie“ allenfalls noch als ‚Angewandte Volksverblödung‘ zu rubrizieren bleibt.

Festhalten darf ich in diesem Zusammenhang, daß ich aus meiner verfassungsadäquaten, pro-gesamtdeutschen Auffassung im Hinblick auf das Völkerrechtssubjekt Deutschland als Ganzes, seiner Politischen Kommunikation und Situation in meinen medien- und landeskundlichen Lehrveranstaltungen keinen Hehl gemacht habe. Die sogenannte „Zwei-Staaten-Theorie“ [im Sinne zweier Völkerrechtssubjekte, nicht nur staatsrechtlicher Gebilde, worin Staatsmacht ausgeübt wurde] habe ich in meinen medien- und landeskundlichen Lehrveranstaltungen an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg für internationale Studenten seit 1984 - also nicht etwa opportunerweise erst zu Anfang der 1990er Jahre - stets konsequent abgelehnt. Womit ich eine „absurde“ Gegenposition zu jener offiziös in Begrüßungs-Vorlesungen vor

---

Nr.3) ins Visier genommen worden, von einem Mitglied der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED in Ostberlin. In den 1980ern hatte ich einige kommunistische Kommunikations- und Sprechwissenschaftler, auch germanistisch wie ideologisch durchsetzte „DDR“-Publikationen rezensiert, jedoch problemorientiert und distanziert. Zwei Punkte seien herausgegriffen: 1. gab es in der sogenannten "DDR" kein sogenanntes "East German" als neuhochdeutsche Standardvarietät, wie von SED-Germanisten propagiert; und 2. war und ist "Mitteldeutschland" (Central Germany) weder sprachpragmatisch noch deutschlandpolitisch obsolet.

<sup>32</sup> siehe Kurt Sontheimer, Wilhelm Bleek und Andrea Gawrich: *Grundzüge des politischen Systems Deutschlands*, München 2007; zudem Dietrich Rauschnig (ed.): *Rechtsstellung Deutschlands: völkerrechtliche Verträge und andere rechtsgestaltende Akte*; Textausgabe mit Sachverzeichnis und einer Einführung, 2., erweiterte Aufl. München 1989 [dtv Bd. 5552: *Beck-Texte*]; sowie [de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Wiedervereinigung](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wiedervereinigung) (Stand: Juni 2011), wobei dieser streckenweise im PR-Duktus gehaltene Text beträchtlich von einer Political-Correctness-Sprechweise durchwirkt ist: beispielsweise wird irreführend von „Ostdeutschen“ statt von „Mitteldeutschen“ gesprochen. Immerhin wird verlinkt auf die „Berliner Erklärung“ der alliierten Siegermächte vom 5. Juni 1945 (*Juni-Deklaration*) hingewiesen und beiläufig vage auf die (formale) *Fortexistenz des Deutschen Reiches als Völkerrechtssubjekt* in den Grenzen vom 31.Dez.1937.

internationalen Studenten und ausländischen Deutschlektoren jährlich wiedergekäuten, philosojetischen Pro-„DDR“-Standard-Argumentation vertreten habe. Und mich deswegen in Kollegenkreisen zugegebenermaßen isolierte. Zum Beispiel organisierte ich am 27. August 1984 in Erlangen ein Kolloquium

***"Zur Offenheit der Deutschen Frage"***<sup>33</sup>

für internationale Studenten und ausländische Deutschlektoren bei den Internationalen Sommerkursen *für Deutsche Sprache und Kultur* der Universität Erlangen-Nürnberg. Daß dies nicht in die philosozialistische Grundstimmung der Erlanger Uni-Landschaft paßte, Fachvertreter mit Anti-Wiedervereinigungspropaganda freundlich geschätzt die Vier-Fünftel-Mehrheit bildeten, dies soll nicht longe lateque paraphrasiert werden. Nicht allein vom damaligen Vorsitzenden des Ausschusses für das Akademische Auslandswesen der FAU Erlangen-Nürnberg, rein zufällig also von einem „Freimaurer“-Professor, H.G., wurde meine pro-gesamtdeutsche Lehrmeinung als störend empfunden. Prosozialistische und philosojetisch inspirierte Kollegen/innen begannen teils cachiert und larviert gegen mich Stimmung zu machen ...

Weit über ein Jahrzehnt später: Zur kommunikationspolitischen Konsequenz einiger Desiderate des Paragraphen 14 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) habe ich beim deutschlandpolitischen Seminar über *„Mielkes IM im Westen – Enttarnung oder Selbstheilung?“*, veranstaltet von der Bayerischen AG Demokratischer Kreise zusammen mit der AG Staatsbürgerliche Bildung Nürnberg und der Historischen Kommission des Politisch-Akademischen Clubs Erlangen, 1998 in Aufseß, konkrete Vorschläge vorgetragen können.<sup>34</sup>

Etliche Erlanger West-IMs wurden enttarnt, 12 allein am Erlanger IGW, dem ominösen *Institut für Gesellschaft und Wissenschaft* an der Univ. Erlangen-Nürnberg [persönliche Information von Achim Beyer, im Herbst 2005]. Ob die antragsberechtigte Universität eine durchgreifende Überprüfung aller ihrer bis Anfang der 1990er Jahre agierenden Entscheidungsgremien [im Hinblick auf den Einfluß etwaiger Stasi-Kollaborateure] bei der BStU-Behörde in die Wege leitete, ist mir nicht bekannt.

---

<sup>33</sup> Montag, 27.8.1984, Sprachlabor I im Sprachenzentrum, Raum C 102, Beginn 13.45 Uhr, Diskussionsgegenstand: *„Interview mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes“*, ein Teil des *ZDF-Magazins* vom 22.8.1984. Ein gut besuchtes Kolloquium mit einigen ausländischen Deutschlektoren aus europäischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern, Graduates und fortgeschrittene Studenten. Eine erfolgreiche kleine LV, wie andere auch. Die allerdings bei einigen Kollegen und insbesondere KollegInnen ratloses Entsetzen auslöste.

<sup>34</sup> *„Wie segmentieren, wo zuordnen und was tun? StUG-Dokumentsortenspezifika und Desiderate“*, kommentierte Zusammenfassung davon in der *PAC-Korrespondenz*, Nr. 63/64 (Neue Folge 3/4) Erlangen/Lauf 1999: 105-114.

### „Von der Geschichte längst überholt“?

In Westdeutschland und West-Berlin bemühte sich die alliierte Lizenzpresse noch im Jahr 1989, die deutschlandpolitische Mainstream-Meinungsmache durch antigesamtdeutsche Ressentiments zu gängeln. Anti-Wiedervereinigungsrhetorik und Zwei-Staaten-TheoretikerInnen beherrschten die publizistischen Szenarien. Herausgegriffen sei das krass antideutsche, streckenweise staatsvolkmißachtende Credo von Marion Gräfin Dönhoff in der *ZEIT* vom 20. Januar 1989: Beschwörungsformeln eingebettet in Plausibilitätsgeplauder: „*Von der Geschichte längst überholt*“. Untertitel: „*Wiedervereinigung oder Europäische Union – keine Alternative mehr*“. Der Untertitel für sich genommen, klang plausibel. Der Leitartikel stellte ein politethisch verpacktes Machwerk gegen die realpolitische Option einer machtpolitisch ausbalancierten und stabilen Neuordnung Mitteleuropas innerhalb des aktuellen Frameworks der Europäischen Gemeinschaft dar. Parallel zur destruierenden Intention in Sachen deutscher Vereinigungsoption geruhte Marion Gräfin Dönhoff eine weitere Reprise der Zwei-Staaten-Theorie zu intonieren und zu schlußfolgern:

*„Das Regime der DDR hat unter dem Damoklesschwert der Wiedervereinigung der lebenden Generation die Freiheit vorenthalten und würde sich gewiß nicht scheuen, den Enkeln und Urenkeln das gleiche Schicksal zu bereiten. Nach vierzig Jahren müssen wir einsehen, daß Adenauers Versprechen, die Politik der Stärke werde zur Wiedervereinigung führen, dieses Ziel nur blockiert hat. Wir müssen umdenken ...“*

Ob Marion Gräfin Dönhoff die Grundzüge, Modulationsbreite und konstruktive Schrittfolge der Adenauerschen Deutschlandpolitik bzw. Dreiteilungs-Überwindungspolitik, nationale Renovation via mehrseitig verknüpfter Westallianz- und Westintegrationspolitik angesichts der gut erkennbaren, real drohenden, sowjetischen Hegemonie in Osteuropa hinreichend verstanden hatte oder jemals angemessen verstehen wollte, ist hier nicht zu erörtern. Daß über die Annexion großer ostdeutscher Staatsgebiete Gesamtdeutschlands 1990 nicht mal mehr verhandelt wird, das wäre weder mit Konrad Adenauer noch mit Kurt Schumacher zu machen gewesen. Beiden ging es nicht um die Amputation Deutschlands zur „*Kleinstdeutschen Lösung*“. Beide waren weder Kniefallpolitiker noch antideutsche Konspiranten. Daß allerdings die approprierte Kommunikationsrepräsentanz und Selbstinszenierung politischer Rationalität à la Marion Gräfin Dönhoff sogar noch die Option auf die kleinstdeutsche Lösung, die Vereinigung zweier real existierender deutscher Gliedstaaten in Deutschland, eines mitteldeutschen mit einem westdeutschen Gliedstaat in Deutschland zu vereiteln trachtete, war Anfang 1989 ein Stück deutschlandpolitischer Destruktionslogik:



„Ein solches Modell geht von zwei deutschen Staaten und nicht von einem wiedervereinigten Deutschen Reich aus, das in Ost und West doch nur Schrecken erregt und auf härtesten Widerstand stieße“ (Marion Gräfin Dönhoff in: *Die Zeit*, 20.1.1989, Kopfblatt: p.1).

In der Rückschau verblüfft die secondhand-boutique-artige Scheinrationalität ihres publizistisch Überredungsversuchs. Der repräsentative Status-quo-Durchhaltewillen war wohlartikulierte an die in den 1970er und 1980er Jahren medienpolitisch fest, ja siegreich etablierte, nicht unerheblich logenmoderierte, philo-sozialistische DDR-Anerkennungsschickeria in Westdeutschland und Westberlin adressiert.

Jenes gedankenarme, kreativitätslose aber publizistisch dominierende westdeutsche und westberliner Wiedervereinigungs-Verhinderungs-Szenarium wirkt schon nach wenigen Jahrzehnten auf gespenstische Weise weltfremd. Gegenüber den Einspruchsoptionen der alliierten Siegermächte verhielt es sich speichelleckerisch. Mit konstruktiver, gestaltungswilliger, chancennutzender Deutschlandpolitik, selbst mit skeptischer und wichtigtuereischer Stichwortgeberei hatte das nichts zu tun. Retrospektiv ging es um systembegünstigte Kohorten von Kommunikatoren und ihre privilegierte aber appropriierte Realpräsentanz, um prärogative Einflußchancen und um die Pfründe von professionellen journalistisch-publizistischen Märchenerzählern:

In der Rückschau erkennt man unschwer die persuasiv effektive Protagonisten-Menge der nicht nur staatsrechtlich erwägenden „DDR“-Anerkennungsbefürworter, sondern völkerrechtlich vollendete Tatsachen schaffen Wollenden, die professionell vernetzten bundesrepublikanischen (Wieder-)Vereinigungsopponenten und Zwei-Staaten-TheoretikerInnen. Sie bewegten sich 1989 in der mehrfach vermittelten, öffentlichen und veröffentlichten, deutschsprachigen Kommunikation ungefähr so, als ob sie die Inkarnation der politischen Rationalität schlechthin verkörperten. Und trotzdem wurden sie aus dem Sattel gehoben. Leider nur argumentativ.

Selbstverständlich hatte die gräfliche Leitartiklerin von der *Zeit* dabei immer noch mehr Niveau als manch Erlanger Politikwissenschaftler mit Freimaurer-Bonus oder irgendein Mainstream-Germanist mit Lions-Club-Support oder einer gewissen SPD-Hintermann-Mannschaft. Marion Gräfin Dönhoffs engagierter wie repräsentativer Anti-Wiedervereinigungs-Rhetorik kam noch im Jahr 1989 eine richtungsweisende, deutschlandpolitisch beinahe verhängnisvolle Signalwirkung zu. Um es in ein Kompliment einzukleiden: Diese Gräfin war zwar ihrem Intellekt nicht gewachsen, durch *Die Zeit* als publizistischer Plattform aber doch zur meinungsprägenden Institution geworden.

### Auseinanderdividieren reintegrativer Kommunikationskultur

Additiv aneinandergehaltene Indifferenz- und Wertvorstellungen kombiniert mit Multikulti-Behauptungslogik ergeben kein wertkohärentes *bonum commune* und kein neugestyltes Godesberger Programm. Kritische Realtoleranz in der *Intellektuellen und Sozialen Zeitkommunikation* ist inkongruent mit der aggressiv aufdringlichen Propagierung und an Nötigung grenzenden Dominanz disparater, um des gesellschaftlichen Friedens willen zu tolerierender Einstellungshaltungen, Orientierungen, Heilslehren oder noch so obskurer Weltanschauungen. Zentraleuropäisches Kriterium und Spezifikum bleibt die individuelle, ungegänzelte *libertas* und wirkliche Wahlfreiheit, nicht die kollektiv herbeimanipulierte, quotierend verordnete Qualfreiheit zum Gaudium politischer Rand- und Sondergruppen.

Derangiert und teils auch tabuisiert werden, um wenige Beispiele zu nennen (ein paar davon vorsichtshalber englischsprachig): *friedlich und technologisch optimiert genutzte Atomkraft, Asylrecht-Mißbrauch*<sup>35</sup>, *Grenzkontrollen, grenzüberschreitende Kriminalität, Staatsvolk-Interessen, Dritter Weg*<sup>36</sup>, *Eliten, genetische Diagnostik, Gleichberechtigung der Deutschen/Japaner/Palästinenser/Serben, Interracial Communication, Intersections of Race-Gender-Class-and-Environmentalism, IQ-Debate, Kerneuropa, okzidentale Leitkultur, Nation, Patriotismus, Plurikulturalität, Sicherheit unbescholtener Bürger, Staatsvolk, Volksdeutsche, Totalitarismus, völkerrechtliche Interferenz, ebenso die republikanisch-supranationale Reichsidee* und deren Renovation.

Anscheinend steht die Dissoziierung und sanfte Versklavung europäischer Gesellschafts- und Kommunikationskulturen, die Demontage ihrer bizarren, plurizentrischen Mentalitäten und ausbalancierten Wertgemeinschaften bereits auf dem zeitgenössischen Politikprogramm. Sich entfremdenden, europaexternen Globalisierungsansprüchen mit durchschaubar manipulativer Moralisierung und plumper Pseudo-Dialektik *devotissime* zu beugen, dies wäre jedoch wenig mannhaft.

Kontextuell sei ein symptomatisches Streiflicht aus der Germanistik beigezogen: die kommunikations- und sprachpragmatisch überflüssige Morphologie-Reform des Gegenwartsdeutschen, ein abschreckendes Meisterstück feministischer SprachpolitikerInnen mit geballter Substan-

<sup>35</sup> vgl. *Asylrecht-Mißbrauch*, in: *HELFER Zeitschrift der Arbeiterwohlfahrt in Bayern*, Juni 1979, p.2; Ndr. im *Jb. der AW in Bayern*, München 1980: 29-30.

<sup>36</sup> *Via tertia* zwischen Nationalkommunismus/Nationalsozialismus (als staatskapitalistischen Totalitarismen) und neoliberal-plutokratischen Kapitalismus-Varianten: z.B. *christlicher Sozialismus* (*Ahlfener Programm* der CDU, 3.2.1947), *demokratischer Sozialismus* (Godesberger Programm der SPD, 15.11.1959), oder andere, meist heterogene Bestimmungsstücke konfigurierende Querbeet-Konzeptionen.

tivsuffix- und Flexionsendungsverkomplizierung. Bildungspolitisch weder „chancengleich“ noch „fortschrittlich“. Die gutmütige Bevölkerung wurde an der Nase herumgeführt. „Deutschsprachige Landtage und Bundestage brachten delikate Sprachregelungen zur *Gleichbehandlung der Geschlechter* zustande, dergestalt, daß die Sexus-Unterscheidung als grundlegendes rechtliches Wahrnehmungskriterium in Bundes- und Landesgesetzen sowie in Unmengen von Verwaltungstexten festgeschrieben worden ist. Mit dieser Verschlimmbesserung wurde der deutschen Gegenwartssprache ein Bärendienst erwiesen.“<sup>37</sup>

Ausländern wurde das Erlernen der deutschen Gegenwartssprache erschwert. Eine Aufklärungskampagne zur Unterscheidung von biologischem und grammatischem Genus wäre ausreichend und wesentlich billiger gewesen. Kein Australier, Engländer, Inder, Neuseeländer, Nordamerikaner oder Südafrikaner käme auf die Idee, sowas Ähnliches auch nur versuchsweise mit dem Global English zu veranstalten.

In den 1990ern siegte die Gender-Mainstreaming-Kompensationsideologie crossmedial und institutionell, nicht nur in der Tendenzpublizistik – als Surrogat für die Systempleite des Marxismus-Leninismus. Im SPD-Gesinnungs-Terminal<sup>38</sup> grundsätzlich mitgeneriert wurde das aleatorische Spektrum einer additiv indifferenten, konzeptionslosen Multikulti-Zivilgesellschaft: ohne *genus commune* und ohne definierbares Staatsvolk. Okzidental geordnete, sozialdemokratische Bedingungsmöglichkeiten sind darin kaum noch auffindbar. Eine rappelnde Randgruppenpartei ist eben was anderes als die Volkspartei des *Godesberger Programms*.

Eine Volkspartei mit sozialdemokratischer Willensbildung von unten nach oben per delegationem, Repräsentation und Kontrolle, ohne Ämterhäufung, mit vereinbarter Ämter-Inkompatibilität, ohne geschlechtsspezifische, religiöse, ethnische, ökonomische Privilegierung, ohne imperatives Mandat, solch eine Volkspartei kann dazu beitragen, gruppenpolitische Aggressionsschübe, Dissoziierungsprozesse und Massenhysterisierungen zu differenzieren, zu respezifizieren und konstruktiv in gestaltungsfähige Modellvorstellungen zu transformieren. Die komplementär-konstruktive, okzidentale Plattform des *Godesberger Programms* war solch ein popularisierungsfähiges, selektions- und transformationsfähiges Reintegrationsmodell. Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen gehörte unabdingbar zu seinem gesamtdeutschen Politikansatz. Die durch leidvolle Erfahrungen motivierte Forerunner-Kreativität und der Volksgruppen-Avantgardismus des internationalen *Seliger-Bundes* waren damit gut kompatibel.

<sup>37</sup> Cf. Nickl 2009 in *PAC-Korr.* 84, p.105

<sup>38</sup> „Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber voller Gefahren“ (Einleitendes Leitmotiv zum *Hamburger Programm* der SPD, 28.10.2007)

### Zeitgeschichtliches Bedingungsgefüge mit 'Willy-Joker'

Vor dem Mauerfall im Jahr 1989 wurde von Willy Brandt berichtet, daß er das deutschlandpolitische Streben nach Wiedervereinigung als eine "*Lebenslüge der Bundesrepublik*"<sup>39</sup> abqualifizierte, womit 1989 ohnehin nur noch die Vereinigung zweier Gliedstaaten, BRD und „DDR“ in Deutschland gemeint sein konnte. *Vae victis!*

Weder durch die „Ostverträge“ noch durch den 'Grundlagenvertrag' wurde die *Deutsche Frage als Heimat-, Selbstbestimmungs- und Volksgruppenfrage* praktisch zureichend beantwortet. Daß es 1990 zur *Deutschen Vereinigung* zweier Gliedstaaten in Deutschland und *nicht zur Wiederherstellung Deutschlands als Ganzem*, lediglich zum Vertrag über die *Herstellung*<sup>40</sup> *der Einheit Deutschlands*, einerseits zur *Kleinstdeutschen Lösung* und zur *Desavouierung der Deutschen Frage als Volksgruppenfrage*, mithin zur *De-facto-Eliminierung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts der Ostdeutschen und Volksdeutschen* kam und daß es nicht mal als formale Ausgangsbasis zu völkerrechtlich adäquaten Verhandlungen über das von den alliierten Siegermächten des II. Weltkriegs gemeinsam wiederholt kongruent bestimmte, obschon siegherrlich eingeschränkte Staatsterritorium Deutschlands in den Grenzen vom 31.12.1937 gekommen ist, dies hängt *kausal* mit manch fehlorientiert fixierten Regelungen, Restriktionen, Status-quo-Konkretisierungen und der zweiseitigen Wirkung der zwei Kabinette Brandt/Scheel 1969/74 und darüberhinaus wohl nicht unwesentlich mit der machtpolitischen Durchsetzung des deutschlandpolitisch zweifelhaften Rollenträgers Willy Brandt<sup>41</sup> zusammen.

In entwicklungs-offenen Etappen der deutschlandpolitisch relevanten Kommunikations- und Zeitgeschichte, bleibt Willy Brandt leider keine zweifelsfrei einzuschätzende SAPD-SPD-Persönlichkeit. Während der „Willy-Zeit“ habe ich mich über diese Ambivalenz genauso getäuscht, wie so viele andere „Willy-Wähler“ wohl auch.

Vom *Godesberger Programm* über Gesinnungstölpelei, Ostverträge, Stasi-Triumph und Grundlagenvertrag zur *Kleinstdeutschen Lösung* und weiter zum *derangierten Deutschtum*. Wohl könnte man all dies gefälliger, lauer, verklausulierter und verschleierter formulieren. Doch dazu fehlt mir das konspirativ passende Gunnar-Gaasland-Gen.

<sup>39</sup> cf. Digitalisat: [www.dpa.de/Detailansicht-80er-Jahre.543+M54d63f4b2b8.0.html](http://www.dpa.de/Detailansicht-80er-Jahre.543+M54d63f4b2b8.0.html)

<sup>40</sup> Inkraft getreten 29.9.1990, Text via [de.wikipedia.org/wiki/Einigungsvertrag](http://de.wikipedia.org/wiki/Einigungsvertrag) und [de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Wiedervereinigung#cite\\_note-1](http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wiedervereinigung#cite_note-1)

<sup>41</sup> ein Forschungs-Desideratum dürfte dabei wohl auch die persönlichkeitsprägende Ausbürgerung Herbert Frahms 1938 während der NS-Zeit sein: ad hoc eine offene Forschungsfrage. Wiedererhalt seiner deutschen Staatsbürgerschaft: 1948.